

SCHLUSS MIT DUMPINGPREISEN FÜR ERZEUGER*INNEN



Foto: gts/shutterstock.com

Viele Erzeuger*innen in der Landwirtschaft sehen sich mit niedrigen Preisen konfrontiert, die häufig noch nicht einmal ihre Produktionskosten decken. In Deutschland mussten in der Folge viele Landwirt*innen ihre Höfe aufgeben. Beispielhaft zeigt sich das bei der Milch¹: Etwa ein Fünftel aller Milchviehbetriebe gab zwischen 2014 und 2019 den Betrieb auf.² Oder auch beim Kaffee: In den letzten Jahren mussten viele Kaffeebäuer*innen ihren Kaffee unterhalb der Produktionskosten verkaufen.³ Für Kleinbäuer*innen sowie Arbeiter*innen im Globalen Süden bedeutet dies häufig ein Leben in Armut. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse von Arbeiter*innen bei der Ernte sowie ausbeuterische Kinderarbeit sind nicht selten die Folgen. Ohne kostendeckende Preise fehlen den Erzeuger*innen zudem dringend notwendige Finanzmittel für Investitionen in eine klimaangepasste und umweltschonende Produktion.

Trotz extrem gestiegener Verbraucher*innenpreise für viele Lebensmittel in der jüngsten Zeit, ist der Preisdruck für Erzeuger*innen weiterhin sehr hoch. Sie sehen sich selbst mit gestiegenen Energie- und Transportkosten konfrontiert und können diese erhöhten Produktionskosten jedoch nicht immer an ihre Käufer abgeben. Denn die ruinösen Preise für Erzeuger*innen sind neben einer Markt- auch eine Machtfrage.

Extreme Machtungleichgewichte in Lieferketten

Der globale Agrar- und Lebensmittelhandel ist geprägt von extremen Machtungleichgewichten. Nur wenige multinationale Großkonzerne dominieren den Welthandel mit Agrarrohstoffen. Seit einigen großen Fusionen in den letzten Jahren kontrollieren etwa lediglich vier Großkonzerne mehr als 60 Prozent des globalen Marktes für Saatgut.⁴ Im Kaffeemarkt kontrollieren nur fünf Handels Häuser 50 Prozent des weltweiten Rohkaffeehandels und

lediglich zehn Röstereien produzierten circa 35 Prozent des im Jahr 2019 weltweit gerösteten Kaffees.⁵ Am Ende der Agrar- und Lebensmittelketten stehen in Deutschland fünf große Lebensmitteleinzelhändler, die knapp 79 Prozent des nationalen Lebensmittelhandels kontrollieren.⁶

Unlautere Vertrags- und Preiskonditionen für Lieferanten

Die Unternehmen stehen im harten Preiskampf miteinander und nutzen häufig ihre Marktmacht, um Erzeuger*innen, die abhängig von der Abnahme ihre Produkte sind, Vertrags- und Preiskonditionen zu diktieren. In einer Umfrage der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gaben 39 Prozent der befragten Zulieferer an, Aufträge unterhalb der Produktionskosten anzunehmen, da der Preisdruck enorm hoch sei.⁷ So wird der Kostendruck nach unten an die strukturell schwächsten Glieder in der Lieferkette weitergegeben. Obwohl die Supermärkte die Verkaufspreise für viele Lebensmittel stark angehoben haben, üben sie weiterhin enormen Preisdruck entlang der gesamten Lebensmittelkette aus.⁸

¹ BUND (Hg.) (2021): [Faire Erzeuger*innenpreise in der Landwirtschaft](#)

² Zinke, O. (2020): [Wie hoch sind die Kosten für Milchbauern wirklich?](#) In: agrarheute, 17.11.2020

³ Brot für die Welt/Forum Fairer Handel (Hg.) (2022): [Mit bitterem Beigeschmack](#)

⁴ Wiggerthale, M. (2020): [Die Marktmacht der Agrarkonzerne](#)

⁵ Panhuysen, S./Pierrot, J. (2020): [Coffee Barometer 2020](#)

⁶ Deutscher Bauernverband (2022): [Situationsbericht 2021/22. Lebensmittelhandel und Verbrauchertrends](#)

⁷ ILO (Hg.) (2017): [Purchasing practices and working conditions in global supply chains.](#)

⁸ Vogel, S. (2022): [Zur Kasse bitte!](#)

Die ungleiche Machtverteilung drückt sich entsprechend in einer extrem ungleichen Verteilung der Einnahmen und Wertschöpfung aus: Während bspw. viele Kaffeebäuer*innen kein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaften, machen große Kaffeeunternehmen, wie Starbucks oder Lavazza, hohe Gewinne.⁹ Die deutschen Supermärkte erzielten im Jahr 2020, mitten in der Corona-Pandemie, Rekordumsätze und ihre Eigentümer*innen Einnahmen in Milliardenhöhe.¹⁰

Es braucht ein Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten (Dumpingpreisen)!

Da Unternehmen nicht alleine aus dem Preiskampf aussteigen werden, steht fest: Gerechte Preise für Erzeuger*innen, die mindestens die Produktionskosten widerspiegeln, wird es nicht ohne gesetzliche Rahmenbedingungen geben. Damit die Erzeuger*innenpreise die Produktionskosten decken, muss die Preisbildung von unten nach oben erfolgen. Hierfür sollte die Bundesregierung unter Leitung des Bundeslandwirtschaftsministers sowie die Mitglieder des Bundestages schnellstmöglich ein Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten entlang der Lebensmittelkette gesetzlich verankern.

In Spanien wurde ein solches Verbot von Dumpingpreisen für Erzeuger*innen bereits im Februar 2020 eingeführt. Dieses könnte größtenteils als Vorlage für ein deutsches Gesetz dienen. Der vertraglich festgelegte Preis zwischen Produzent*innen und direktem Abnehmer muss nach dem spanischen Verbot ausdrücklich die effektiven Produktionskosten decken. Gleichzeitig sollen, wie es auch schon in Frankreich geschieht, Informationen über Margen in den Lebensmittellieferketten erhoben werden.¹¹ Dies ist wichtig, um mehr Transparenz bei der Preiszusammensetzung und Gewinnverteilung in der Lieferkette zu erhalten.

Für ein wirksames Verbot von Dumpingpreisen für Erzeuger*innen ist es wichtig, dass

- das Verbot für die gesamte Lieferkette – inklusive Kleinbäuer*innen sowie Arbeiter*innen außerhalb der EU – gilt.
- der Preis es den Primärerzeuger*innen ermöglicht, ein existenzsicherndes Einkommen zu erwirtschaften; in jedem Fall sollte er auf den durchschnittlichen Vollproduktionskosten für das landwirtschaftliche Erzeugnis basieren.



- die durchschnittlichen Vollproduktionskosten alle Kosten für die Erzeugung des entsprechenden Produktes umfassen, einschließlich der Kosten für die von den Erzeuger*innen selbst oder von Mitgliedern ihres Haushalts geleistete Arbeit.
- ein existenzsichernder Lohn für Arbeiter*innen als nicht verhandelbarer Bestandteil enthalten ist.
- flankierend schnellstmöglich eine unabhängige und weisungsungebundene Ombuds- und Preisbeobachtungsstelle eingerichtet wird. Diese sollte Erzeuger*innenpreise und Produktionskosten ermitteln sowie die Margen in der Lebensmittelkette und wahre Preise berechnen. Sie sollte auch Meldungen von unfairen Preisen und allen weiteren unfairen Handelspraktiken – auch von Betroffenen aus dem Globalen Süden – entgegennehmen und untersuchen.
- von politischen Entscheidungsträger*innen sichergestellt wird, dass gerechtere Preise für Erzeuger*innen nicht zu Lasten von einkommensschwachen Verbraucher*innen gehen.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://www.forum-fairer-handel.de/konzernmacht-eindaemmen>

⁹ Brot für die Welt/Forum Fairer Handel (Hg.) (2022): [Mit bitterem Beigeschmack](#)

¹⁰ Oxfam (Hg.) (2021): [Pandemieprofiteure und Virusverlierer*innen](#).

¹¹ Oxfam (Hg.) (2021): [Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten in Spanien](#)